

Leseprobe aus:

u.a., Henning Burk

Fremde Heimat



Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf rowohlt.de.

Inhalt

- 7 «Flüchtling bleibt man sein Leben lang»:
das Schicksal der Vertriebenen nach 1945
- 25 *Fremde Heimat:*
Ankunft und erste Jahre (bis 1949)
- 46 Robert Brokoph:
«Die Ehre lass ich mir nicht abschneiden»
- 64 Peter Kurzeck:
«Ich träume ständig, dass ich irgendwo ankomme»
- 80 Ingrid Berlik und Hildegard Spors:
«Für uns vier, wenn wir wieder wegmüssen ...»
- 103 *Fremde Heimat:*
Bundesrepublik Deutschland
- 128 Werner Krokowski:
«Hier hast du dein Päckchen»
- 149 Ruth Annuschies, Helga Plessow
und Wilhelm Brandenburg:
«Der liebe Gott lässt für alle wachsen ...»
- 173 Eva Petto und Franz Bachert:
«Wir galten als Zigeuner»

- 191 *Fremde Heimat: DDR*
- 209 Elvira Schmidt:
«Mein Deckbett hab ich nicht losgelassen»
- 232 Eduard Lumpe:
«Man muss sich am Leben halten»
- 245 Gabriele von Altröck:
«Das ist auch Heimat: von dort hierherverpflanzt»

Anhang

- 261 Zum Weiterlesen
- 263 Über die Autoren
- 265 Bildnachweis

Stichwörter

Grenzdurchgangslager Friedland 52 · Vertriebenenstädte und Flüchtlingsiedlungen 72 · Nissenhütte 90 · Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte 106 · «Charta der deutschen Heimatvertriebenen» 122 · «Operation Schwalbe» 136 · Rügenwalder Teewurst 164 · Lastenausgleich in der Bundesrepublik 189 · Ausgleichsmaßnahmen und Bodenreform in der SBZ und der DDR 223 · Zwischen Traumland und Schweigen: Bücher der Kinder- und Enkelgeneration 229 · «Grün ist die Heide»: Der deutsche Heimatfilm 243 · Vertriebenen-Organisationen, -Parteien und -Verbände 253 · Stiftung Flucht Vertreibung Versöhnung 256 · Prominente aus Vertriebenenfamilien 257

«Flüchtling bleibt man sein Leben lang»: das Schicksal der Vertriebenen nach 1945

Peter Kurzeck hat immer wieder denselben Traum: Mit einem Koffer in der Hand kommt er an einem Bahnhof an. Im selben Moment weiß er nicht mehr, wo er sich befindet. Verzweifelt versucht er, sich wenigstens an das Ziel seiner Reise zu erinnern. Vergeblich. Plötzlich verschwindet sein Gepäck, dann der halbe Bahnhof um ihn herum. Und er steht verloren am Rande eines Niemandslandes ...

Peter Kurzeck stammt aus Tachau im Böhmerwald und war drei Jahre alt, als er mit seiner Mutter und seiner Schwester den «Abschub» erlebte, wie die Tschechen die Vertreibung der Sudetendeutschen bis heute nennen. Er wuchs im hessischen Staufenberg auf.

Horst-Dieter Lindner ist, wie er sagt, im Sauerland zu Hause. Dort besuchte er jüngst ein Klassentreffen seiner Realschule. Man sprach über die früheren Zeiten, und er bedankte sich nachträglich bei seinen ehemaligen Mitschülern: «... dafür, dass sie mich nie haben spüren lassen, dass ich aus dem Osten kam.» Als Sechsjähriger ist er mit seiner Familie aus Breslau vertrieben worden, hat Gewalt und Willkür erlebt, die Hilflosigkeit und Todesangst der Erwachsenen, das Gefühl, vollkommen ausgeliefert zu sein. Angekommen im Sauerland, ein evangelisches Stadtkind in einer katholisch-ländlichen Umgebung, hat der Junge seine ganze Kraft darauf verwendet, sich anzupassen. Er ging mit den anderen in die Messe, schaute sich das Bekreuzigen ab, verleugnete seine Herkunft, den sozialen Absturz, die Unterkunft neben dem Flüchtlingslager. Er hat sich, wie viele Kinder von Vertriebenen, mit zähem Fleiß hochgearbeitet – und blieb sein Leben lang darum bemüht, nicht aufzufallen.

Auch Ingrid Berlik hat es geschafft. Sie war zwölf, als sie mit der Mutter und den Geschwistern aus Danzig vertrieben wurde und in Drachensee bei Kiel landete, in einem ehemaligen Lager für Zwangsarbeiter. Das Mädchen aus gutbürgerlichem Hause lebte fortan in einer Baracke, ohne jede Intimsphäre, in hygienischen Verhältnissen, die jeder Beschreibung spotteten, in bitterer Armut. Als «dreckiges Lagermädchen» im Gymnasium ausgegrenzt, verstummte sie – und ging mit zähem Willen ihren Weg. Mit viel Glück errang sie einen Platz in einem katholischen Internat, studierte zwei Jahre in Kiel und konnte 1956, als angehende Lehrerin, mit der Mutter und den kleineren Geschwistern endlich das Lager verlassen und gemeinsam in eine kleine Mietwohnung einziehen. Ingrid Berlik war seitdem viel im Ausland unterwegs, hat nie wieder Wurzeln geschlagen, ein Leben lang auf dem Sprung. Jahrelang hatte sie ausharren müssen in einer unwürdigen Situation, ohne daran etwas ändern zu können. Wenn sie sich künftig irgendwo nicht mehr wohl fühlte, ergriff sie die Flucht.

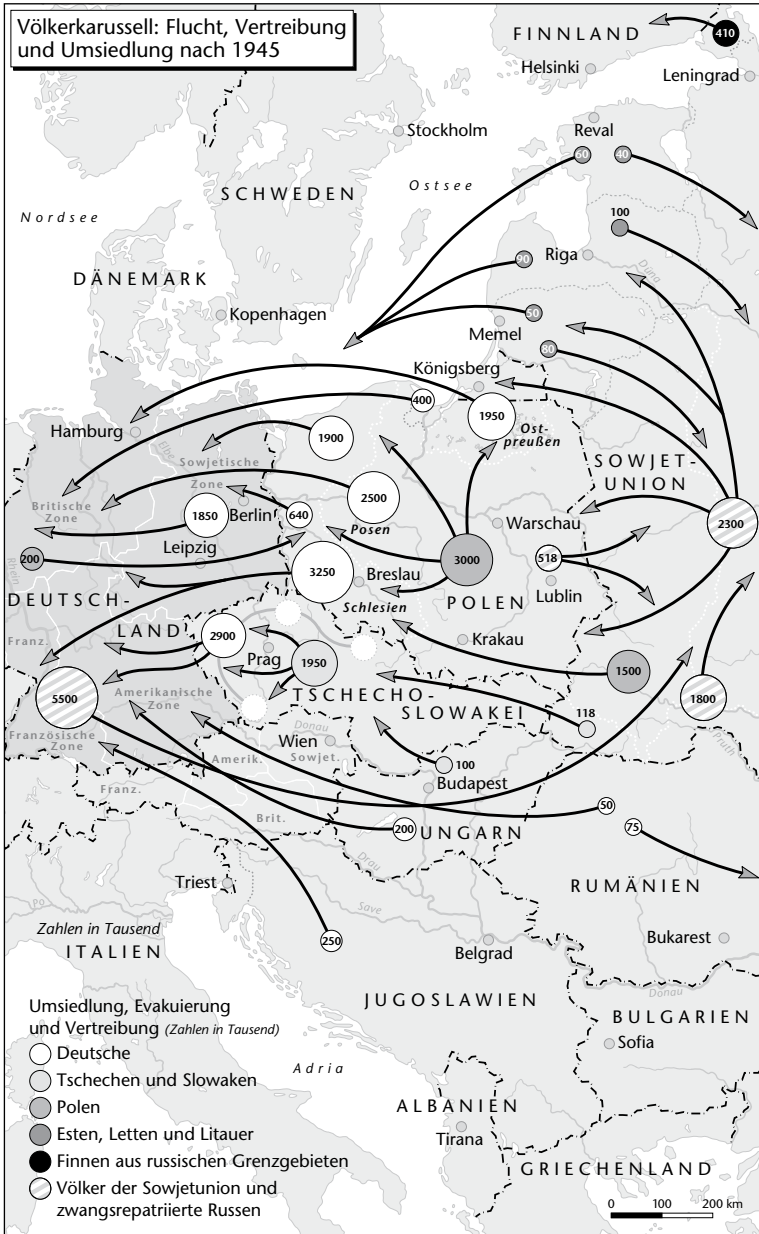
Peter Kurzeck, Hans-Dieter Lindner und Ingrid Berlik sind drei von zwölf Millionen Deutschen, die als Folge des von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkriegs aus ihrer Heimat vertrieben wurden und in dem Gebiet, das vom Deutschen Reich übrig blieb, ihr Leben ganz von vorn beginnen mussten. Es sind Geschichten wie diese, die heute deutlich machen, dass der Lebensweg dieser Menschen nach 1945 nur unzureichend beschrieben ist, wenn man pauschal von gelungener Integration spricht. Die meisten haben es mit viel Fleiß und Zielstrebigkeit wieder zu materiellem Besitz gebracht und sich darüber hinaus auch die Anerkennung ihrer einheimischen Nachbarn erworben. Doch der Preis dafür war hoch. Sie verstummten, verdrängten, verleugneten, was ohnehin niemand hören wollte.

Schätzungsweise jeder vierte Bundesbürger hat heute Vertriebene in seiner Familie – Großeltern, Eltern oder Schwiegereltern. Die Generation der Enkel weiß häufig genug nur, dass der Opa irgendwo aus Ostpreußen stammt oder die Oma aus dem Sudetenland. Doch wie

ihr Lebensweg verlief, welche Kraft der Neuanfang gekostet hat, wie viele Demütigungen sie erlitten, wie viel Zorn und wie viele Tränen sie herunterschluckten, um ihr Ziel, endlich wieder dazuzugehören, nicht aus den Augen zu verlieren – das haben die Alten nicht erzählt und die Enkel nicht gefragt. Und immer wenn in Todesanzeigen ein Geburtsort in Schlesien oder Ostpreußen, in Pommern oder Böhmen auftaucht, ist wieder jemand gegangen, den man hätte fragen können: Wie erträgt man es, wenn einem ohne Vorwarnung jede Sicherheit genommen wird? Wenn man aus allen Bindungen herausgestoßen wird? Wenn man nicht nur Haus und Hof, Hab und Gut verliert, sondern auch Verwandte und Nachbarn und die Gewissheit, in einem vertrauten sozialen Gefüge einen festen Platz zu haben? Wenn man auch die gewohnte kulturelle Umgebung verlassen muss – die Landschaft mit ihrem Licht, ihren Farben und ihrem Geruch, mit Wiesen und Wäldern, mit Dörfern und Städten, mit der typischen Architektur, den traditionellen Festen, mit der Sprache und der Geschichte, in die die eigene Familie eingebunden ist? Was passiert, wenn man Menschen all das nimmt und sie zwingt, als Unbekannte in einer in jeder Hinsicht fremden Umgebung ihr Leben neu zu beginnen? Es sind solche Fragen, die den Anstoß für dieses Buch gegeben haben.

Als sich Winston Churchill, Franklin D. Roosevelt und Josef Stalin im November 1943 in Teheran trafen, um über eine mögliche Nachkriegsordnung zu beraten, spielten derlei Fragen keine Rolle. Schnell war klar, dass Stalin einen Teil der polnischen Ostgebiete für sich beanspruchte – bis zur sogenannten Curzon-Linie, der 1919 festgelegten polnisch-sowjetischen Grenze, die sich in etwa mit der Grenzziehung des Hitler-Stalin-Paktes von 1939 deckte. Und weil Polen als Opfer des Krieges nicht für Stalins Gebietsansprüche büßen sollte, beschloss man, sein Staatsgebiet auf Kosten Deutschlands nach Westen zu verschieben. Damit waren die Weichen für die Vertreibung von mehreren Millionen in Ostpreußen, Westpreußen, Danzig, Pommern, Posen, Ostbrandenburg und Schlesien beheimateten Deutschen, aber auch von Millionen im zukünftigen sowjetischen Staatsgebiet lebenden Polen gestellt. Was das für die betroffenen

Völkerkarussell: Flucht, Vertreibung und Umsiedlung nach 1945



Männer und Frauen, Kinder und Alten bedeuten würde, stand nicht zur Debatte.

Zwangsumsiedlungen, Aussiedlungen, Vertreibungen galten seit Ende des Ersten Weltkriegs als probates Mittel, um Nationalitätenkonflikte zu befrieden – Folge der Nationalstaatsidee, die sich im 19. Jahrhundert in Europa auszubreiten begann. Bis dahin definierten sich die Staaten vor allem über die Loyalität ihrer Untertanen gegenüber dem Herrscherhaus. Im Königreich Preußen konnten beispielsweise Hugenotten weiterhin in Schulen und Kirchen französisch sprechen und dennoch preußische Staatsbürger sein. Mit den bürgerlichen Freiheitsidealen und den aufkommenden Nationalbewegungen änderte sich das – jetzt wurde der Staat als Zusammenschluss von Bürgern eines Volkes, einer Sprache und Kultur verstanden. Noch im 19. Jahrhundert lösten sich Griechenland, Serbien, Rumänien und Bulgarien aus dem Osmanischen Reich. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs schließlich gingen aus der Konkursmasse der großen Vielvölkermonarchien – Österreich-Ungarn, russisches Zarenreich und Osmanisches Reich – weitere neue Nationalstaaten hervor: Finnland, Estland, Lettland und Litauen, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn.

Tatsächlich gab es auf der europäischen Landkarte jedoch nur wenige ethnisch einheitlich besiedelte Gebiete. Jeder der neuen Nationalstaaten beherbergte deshalb keinesfalls nur ein einziges Volk, eine einzige Kultur und Sprache. Und so fanden sich plötzlich viele Menschen in ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat als misstrauisch betrachtete Minderheit eines neuen Staates wieder. Konflikte waren programmiert, und Türken und Griechen waren die Ersten, die sie blutig austrugen – an ihnen wurde vollzogen, was harmlos «Entmischung» hieß. 1923, nach dem griechisch-türkischen Krieg, regelte der Vertrag von Lausanne den «Bevölkerungstransfer» von rund 1,8 Millionen Menschen: 430 000 Türken wurden daraufhin aus Griechenland ausgesiedelt, 1,35 Millionen Griechen mussten die Türkei verlassen – darunter auch die Familie des griechischen Liedermachers Mikis Theodorakis.

Das millionenfache Leid, das diese Vertreibung mit sich brachte, wurde ignoriert. Denn jetzt, als nationale Staaten in Europa Wirklichkeit und nicht mehr wegzudenken waren, galt die «Entmischung» der durcheinander siedelnden Völker als fast zwangsläufige Konsequenz.

«Vertrieben für Frieden» hieß die Formel, und sie galt als Erfolgsmodell zur Vermeidung künftiger Nationalitätenkonflikte. Darauf besann sich zwanzig Jahre später US-Präsident Roosevelt, als er, ein halbes Jahr vor der Konferenz von Teheran 1943, dem britischen Außenminister Anthony Eden erklärte: «Wir wollen Vorkehrungen treffen, um die Preußen aus Ostpreußen auf die gleiche Weise zu entfernen, wie die Griechen nach dem letzten Krieg aus der Türkei entfernt wurden.» Eineinhalb Jahre später verkündete Winston Churchill in einer Rede vor dem britischen Unterhaus: «Die Vertreibung ist – soweit wir es zu überschauen vermögen – das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen wie im Fall von Elsass-Lothringen. Es wird gründlich aufgeräumt.»

Churchill hielt diese Rede am 15. Dezember 1944. Da war der kleine Peter Kurzeck noch in Tachau, Ingrid Berlik noch in Danzig und Horst Dieter Lindner in Breslau. Ein Woche darauf würden sie Weihnachten feiern – ohne zu wissen, dass es das letzte Weihnachtsfest in der Heimat sein sollte. Doch ihr Schicksal und das von Millionen Menschen in Europa war längst besiegelt, und mit der vorrückenden Roten Armee wurden Fakten geschaffen. Bei der Konferenz in Potsdam im Juli 1945 wurden nur noch die Einzelheiten geregelt. Sofern die Deutschen im Osten nicht schon vor der sowjetischen Armee geflohen, auf dem Balkan vor dem Anrücken der jugoslawischen Partisanen evakuiert worden oder den wilden Vertreibungen durch Tschechen oder Polen zum Opfer gefallen waren, sollte «die Überführung der deutschen Bevölkerung [...] in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen». Doch das sicherzustellen, sahen sich die USA und Großbritannien außerstande – die Deportationen fanden im Einflussbereich Stalins statt, und tschechische wie polnische Mi-

lizionäre hatten meist wenig zu befürchten, wenn sie Rachegeleüste an Deutschen auslebten.

Die Alliierten hatten ein Großexperiment nie gekannten Ausmaßes angestoßen, die größte ethnische Säuberung der europäischen Geschichte – einer Idee folgend, die ihnen die nächstliegende schien, die ihren Interessen entgegenkam und denen jener Nationen, die unter dem von Deutschland begonnenen Krieg, der nationalsozialistischen deutschen Besatzung und der damit einhergehenden Willkür und Gewalt am meisten gelitten hatten. Unter deutscher Herrschaft hatten Polen und Tschechen Zwangsumsiedlungen und Massenmord erlebt. Die Ausweisung der deutschen Bevölkerung schien daher folgerichtig und befriedigte außerdem den Wunsch nach Rache für das erlittene Leid der eigenen Bevölkerung.

Die Familie Elvira Schmidts beispielsweise hatte ihren Bauernhof in Bessarabien, einem deutschen Siedlungsgebiet am Schwarzen Meer, notgedrungen verlassen – als Folge des Hitler-Stalin-Paktes von 1939 und der nationalsozialistischen «Heim-ins-Reich»-Politik. Bessarabien gehörte jetzt zu Stalins Interessengebiet. Elviras Familie wurde, nach einer mehrmonatigen Odyssee durch verschiedene Lager, im deutsch besetzten polnischen Warthegau angesiedelt. Das Haus, in das sie einzogen, war komplett eingerichtet – die Polen, denen es gehörte, waren daraus vertrieben worden. 1945 traf dieses Schicksal dann Elvira Schmidts Familie selbst. Sie musste zum zweiten Mal ihre Sachen packen, mit ungewisser Zukunft.

Die lebenslangen Folgen für jene Menschen, die die Vertreibung unabhängig von möglicher persönlicher Schuld traf, konnten und wollten die Siegermächte nicht ermessen. Doch als Besatzungsmächte sollten sie bald alle Hände voll zu tun haben, um für Kleidung, Nahrung und Unterkunft von zwölf Millionen Menschen zu sorgen, die im schwer zerstörten Deutschland westlich von Oder und Neiße ankamen, schmutzig, hungrig, ausgeplündert, traumatisiert von den Erlebnissen während ihrer Flucht und Vertreibung.

Eine, die davon betroffen war, ist Hildegard Spors. Sie floh im Februar 1945 aus Schlochau in Westpreußen. Der Vater, der noch

einmal zurückging, um nach den Tieren zu sehen, wurde von sowjetischen Soldaten erwischt und kam nie wieder. Eine Cousine wurde unterwegs erschossen, weil sie sich einem Rotarmisten widersetzt hatte. Ihre Mutter wurde an die Wand gestellt und entkam nur durch einen glücklichen Zufall der Erschießung. «Todesangst hatten wir die ganze Zeit. Immer. Immer.»

Hildegard Spors' Familie brach die Flucht ab, kehrte um, 150 Kilometer zurück nach Hause. Doch in ihrem Haus lebten jetzt Polen, ein Onkel arbeitete als Knecht auf dem eigenen Hof, die Verwandten des Vaters waren erschossen worden. Die Familie kam irgendwo unter, Mutter und Tante wurden nachts von polnischen Milizionären abgeholt, verprügelt, acht Tage lang in einen Keller gesperrt. Hildegards Bruder, ein blondes und blauäugiges Kind von zwölf Jahren, wurde, weil er so deutsch aussah, immer wieder willkürlich ins Gesicht geschlagen. Den Jungen und seine Familie traf die Rache derer, die vorher unter dem deutschen Terrorregime gelitten hatten. Nie wieder hat er sich von dieser Erfahrung völligen Ausgeliefertseins erholt – die Angstträume haben ihn für den Rest seines Lebens nicht mehr losgelassen.

Ein Jahr blieb Hildegard Spors mit ihrer Familie noch in der Heimat – als Arbeitskräfte bei polnischen Bauern. Dann kam die endgültige Vertreibung: die Deportation in Zügen Richtung Westen. Von dem, was sie am Leibe trugen, wurde ihnen ein Teil unterwegs noch abgenommen. Als sie im Lager Drachensee bei Kiel eintrafen, besaßen sie nichts mehr. Da war Hildegard ein zehnjähriges Mädchen und der Krieg seit einem Jahr vorbei.

Ihre Flucht- und Vertreibungsgeschichte ist eine von vielen. Sie zeigt, wie unmöglich es den westlichen Alliierten war, für die «Überführung der Deutschen in humaner Weise» Sorge zu tragen. Denn noch bevor die Potsdamer Konferenz im Juli 1945 die Einzelheiten des längst vorher getroffenen Vertreibungsbeschlusses regelte, erlebte die deutsche Bevölkerung jenseits von Oder und Neiße die Umsetzung dieser Maßnahme, die am Ende mehr als zwölf Millionen Deutsche traf.

Wer mit dem Leben davongekommen war und sich in einem der Durchgangslager westlich von Oder und Neiße erst einmal in Sicherheit wusste, dem wurde mit Hilfe der alliierten Besatzungsbehörden eine vorläufige Bleibe zugewiesen: eine Pritsche in einem gerade von befreiten Zwangsarbeitern geräumten Lager; eine mit Hilfe von Wolldecken geteilte Scheune; ein Zimmer in einem Bauernhaus, das die Einheimischen frei räumen mussten.

Die Besatzer sorgten mit dem nötigen Nachdruck dafür, dass die Deutschen zusammenrückten und den Neuankömmlingen Platz machten. In einem schwer kriegszerstörten Land, dem rund ein Drittel seines Territoriums mit landwirtschaftlichen Flächen und industriellen Zentren verlorengegangen war, einem Land ohne funktionierende Infrastruktur und aufgeteilt in vier Besatzungszonen, mussten sie jetzt zwölf Millionen Habenichtse unterbringen, die oft nicht mal mehr einen Löffel besaßen, um die zugeteilte Suppe essen zu können.

Für eine Zwangsumsiedlung dieser Größenordnung und unter diesen Umständen gab es weder ein Vorbild noch Erfahrungen, geschweige denn einen ausgearbeiteten Plan aufseiten der Alliierten.

Wie man den Entwurzelten, die psychisch und physisch bereits großes Leid ertragen hatten, den Neuanfang erleichtern könnte, dazu wurden kaum Überlegungen angestellt. Man brachte die Flüchtlinge dort unter, wo Platz war, nicht, wo sie sich aufgrund ihrer Herkunft möglicherweise leichtergetan hätten, ihr Schicksal anzunehmen. So landete der evangelische Bürgersohn aus der modernen Großstadt Breslau in einem konservativen katholischen Dorf, die katholische Beamtentochter aus Danzig in einem Barackenlager, und der ostpreußische Gymnasiast aus guter Familie musste als Knecht bei einem Bauern die Drecksarbeit verrichten.

Die Alliierten befürchteten, es könne zu Aufruhr und Aufständen kommen, wenn man Vertriebene aus denselben Heimatorten in Gruppen zusammenließ. Deshalb sorgte man dafür, dass sie möglichst verstreut untergebracht wurden – und so den letzten Halt verloren: das Aufgehobensein in einer Gemeinschaft von Menschen



Rotkreuzschwestern bei der Entlassung von Flüchtlingen mit DDT am Frankfurter Hauptbahnhof, April 1946. Entlassene Kriegsgefangene und Flüchtlinge erhielten Lebensmittelkarten nur gegen Vorlage einer Entlassungsbescheinigung.

gleicher Herkunft und Kultur. Nach dem Verlust der Heimat folgte der Verlust der kulturellen Identität.

Sehr bald, schon vor der sich abzeichnenden Gründung der beiden deutschen Staaten, übertrugen die Besatzungsmächte die Verantwortung für das Schicksal der Vertriebenen auf die deutschen Behörden, die in West und Ost höchst unterschiedlich mit «ihren» Ostpreußen, Pommern, Schlesiern, Bessarabien- und Sudetendeutschen umgingen.

Die Sowjetische Besatzungszone und spätere DDR hatte 4,3 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aufgenommen, allein in Meck-

lenburg war bald jeder zweite Einwohner ein «Umsiedler» – diese Bezeichnung schrieb die sowjetische Militäradministration vor, um mit Rücksicht auf die Sowjetunion und die sozialistischen Bruderländer die wahren Umstände der Vertreibung zu verschleiern. Schließlich hatte Polen fast die Hälfte seines Vorkriegsterritoriums im Osten an die Sowjetrepubliken Litauen, Weißrussland und die Ukraine verloren und war dafür mit Ostpreußen, Hinterpommern, Ostbrandenburg und Schlesien entschädigt worden.

Die SED sprach bald nur noch von «Neubürgern», die besondere Lage der Entwurzelten wurde aus der Sprache getilgt, die Betroffenen in keiner Statistik oder Erhebung mehr gesondert erfasst, ihre Eingliederung als erledigt betrachtet. Im Jahr 1946 hatten sie von der sowjetischen Militäradministration eine einmalige Soforthilfe zugestanden bekommen: eine Unterstützung für Bedürftige und Arbeitsunfähige von 300 Mark pro Erwachsenen und 100 Mark für deren Kinder. Eine dem Lastenausgleich vergleichbare Entschädigung für das verlorene Hab und Gut konnte es schon deshalb nicht geben, weil nicht der Eindruck entstehen durfte, dass dieser Besitz keinesfalls freiwillig aufgegeben wurde. Bereits am 6. Juni 1950 erkannte die DDR-Regierung die Oder-Neiße-Grenze als gültige deutsch-polnische Grenze an und bestrafte forthin jeden, der sie in Frage stellte. Sich mit ihren Landsleuten zu treffen, um die Kultur der Heimat zu pflegen oder sich einfach unter Menschen gleichen Schicksals auszutauschen, war den «Neubürgern» ebenfalls verboten. So erfuhr die in Mecklenburg angesiedelte Bessarabiendeutsche Elvira Schmidt erst nach der politischen Wende 1989, wie viele andere Bessarabiendeutsche all die Jahre in ihrer Umgebung gewohnt hatten.

Anders in der Bundesrepublik: Insgesamt 7,9 Millionen Vertriebene hatten die drei westlichen Besatzungszonen aufgenommen. Ende 1948 wurde das von den Alliierten erlassene Koalitionsverbot für die Vertriebenen aufgehoben, Landsmannschaften wurden gegründet und Interessenvertretungen ins Leben gerufen. Es gab ein Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte und mit dem BHE, dem Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten,

sogar eine politische Partei, die sich für die Belange von Flüchtlingen einsetzte. Umbenannt in Gesamtdeutscher Block, war sie bis weit in die sechziger Jahre in den Landesregierungen von Hessen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern vertreten und in der zweiten Legislaturperiode von 1953 bis 57 sogar an der Bundesregierung beteiligt. Mit günstigen Baukrediten und dem Lastenausgleichsgesetz von 1953 versuchte man, den Vertriebenen den Aufbau einer neuen Existenz zu erleichtern. Die Wetterkarte des deutschen Fernsehens zeigte noch Mitte der sechziger Jahre wie selbstverständlich auch Ostpreußen, Hinterpommern und Schlesien, und bei den Heimattreffen der Vertriebenenverbände bemühten sich Politiker von SPD wie CDU, den Wählern die Illusion, doch noch irgendwann heimkehren zu können, nicht zu zerstören. Das deutsche Leid und die Kritik an den kommunistischen Regimen im Osten beherrschten die politischen Debatten.

Doch mit der neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition Willy Brandts wurden andere Töne angeschlagen, das Vertriebenenministerium wurde 1969 aufgelöst, die gelungene Integration als Leistung der Bundesrepublik gefeiert. Die Eingliederung der Vertriebenen galt dank Wirtschaftswunder und Vollbeschäftigung als vollzogen. Die Vertriebenenverbände gerieten mit ihrem «Recht auf Heimat» in die Defensive und unter generellen Revanchismusverdacht – der auch die Vertriebenen selbst traf, obwohl inzwischen nur noch eine kleine Minderheit von ihnen überhaupt im Bund der Vertriebenen organisiert war und dessen Politik unterstützte.

Brandts Kniefall 1970 vor dem Mahnmahl für die Gefallenen des Aufstandes im Warschauer Ghetto von 1943 markierte zugleich die Hinwendung zu dem Leid, das Deutsche vor der Vertreibung als Täter verursacht hatten. Man fragte nach Schuld und Verantwortung für die Zeit des Nationalsozialismus, und jetzt, schreibt die Publizistin und ehemalige Polen-Korrespondentin Helga Hirsch, galt es «als politisch unkorrekt, über Deutsche als Opfer zu sprechen, während es als korrekt galt, den Verlust der Ostgebiete als gerechte Strafe für die NS-Verbrechen zu akzeptieren».